

ANTRÄGE

1) Evaluierung Sperrflächen in Geidorf – Evaluierung

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Ausweisung von vormaligen Parkplätzen als nunmehrige Sperrflächen (Halteverbote) wird seit langem im Bezirk Geidorf insbesondere im Bereich der Kreuzungen

- Grillparzerstraße / Humboldtstraße,
- Humboldtstraße / Körblergasse,
- Humboldtstraße / Bergmannngasse sowie
- Bergmannngasse / Franckstraße

von Anrainern eine Evaluierung der Sperrflächen – hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit insbesondere während der Herbst- und Winter-Jahreszeit (Laub- und Schneeauflage) – gefordert.

Im Sinne einer zufriedenstellenden Lösung für die AnrainerInnen und die VerkehrsteilnehmerInnen stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, die Maßnahmen in den genannten Kreuzungsbereichen einer Evaluierung

hinsichtlich ihrer Verkehrssicherheitswirkung zuzuführen sowie Ersatzmaßnahmen, wie z. B. die Anbringung von Spiegeln, zu prüfen und den Gemeinderat in seiner ersten Sitzung nach der Konstituierung des Gemeinderates im Jahr 2013 über das Ergebnis zu informieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Autobahnbrücke/Lärmschutz

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit dem Bau der Autobahn leidet die Grazer Bevölkerung im Bereich Murfeld an einer erhöhten Lärmbelastung, besonders im Bereich der Brückenführung über die Mur. Durch die ständige Zunahme des Verkehrsaufkommens – besonders auch durch die starke Zunahme des Schwerverkehrs – sind die Lärmbelastungen für die dort wohnende Bevölkerung in den letzten Jahren ständig gestiegen.

In diesem Bereich von Liebenau – im Murfeld – gibt es eine hohe Anzahl von AnrainerInnen, die sich durch den von der Autobahn verursachten und ständig zunehmenden Lärm in ihrer Lebensqualität stark beeinträchtigt fühlen. Der Belastungsfaktor Lärm ist auch in der durchgeführten Befragung der Lebensqualitätsindikatoren im Bezirk Liebenau als negatives Ergebnis angeführt.

Da nun auch das Naherholungsgebiet Eichbachgasse für alle Grazerinnen und Grazer geschaffen wurde und Lärm auch für die Erholungssuchenden eine negative gesundheitliche Auswirkung hat, sollte hier ehest eine Sanierung der Autobahnbrücke mit einem entsprechendem Lärmschutz durchgeführt werden.

Des Weiteren sollte in diesem Bereich auch ein Geh- und Radweg über die Mur bei der Sanierung der Autobahnbrücke umgesetzt werden – denn damit würde die Attraktivität des Naherholungsgebietes gesteigert und eine bessere Erschließung ermöglicht werden.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, an die ASFINAG heranzutreten und sie zu beauftragen, die Sanierung der Autobahnbrücke mit einem entsprechenden Lärmschutz durchzuführen, um die Lärmbelastung für die dort ansässige Grazer Bevölkerung und auch für jene GrazerInnen, die in dem neu geschaffenen Naherholungsgebiet Ruhe suchen, zu senken.

Des Weiteren sollte ein Geh- und Radweg über die Mur im Rahmen der Sanierung der Autobahnbrücke mitgeplant werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Klärung bzw. Verbesserung der Vorgangsweise zur Nominierung von BürgerInnen der Stadt Graz, EhrenringträgerInnen und EhrenbürgerInnen und der Kriterien für diese Ehrungen seitens der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie in den letzten Sitzungen des Kulturausschusses, des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Genderpolitik und auch im Gemeinderat diskutiert, gab es – im Sinne einer würdigen Verfahrensweise für alle zur Ehrung vorgeschlagenen Personen - bei den letzten Ehrungsrunden zu BürgerInnen der Stadt Graz einen deutlichen Wunsch nach Klärung des Prozederes. Dies betrifft u.a. folgende Fragen:

- Welche Ausschüsse sind in welcher Form zu befassen?
- In welcher Form werden Vorschläge zu Nominierungen dem Bürgermeister der Stadt überbracht? Wo kommt es zu allfälligen Beratungen über die Auswahl der zu Ehrenden und über die Gewichtung der Kriterien?
- Welche Kriterien werden bei der Entscheidung vorrangig berücksichtigt?

Im Ausschuss für Frauen und Gleichstellung wurde daher in der Sitzung vom 11.6.2012 der Vorschlag diskutiert und einstimmig empfohlen, in Form eines gemeinsamen Antrags der Gemeinderatsklubs die Klärung bzw. Überarbeitung des Prozederes anzuregen.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen der Grünen – Alternative Liste Graz und der Gemeinderatsklubs der SPÖ, KPÖ folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Magistratsstellen mögen prüfen, in welcher Form eine solche Klärung bzw. Überarbeitung der Vorgangsweise zur Nominierung von BürgerInnen der Stadt Graz, Ehrenring-TrägerInnen und EhrenbürgerInnen möglich sein könnte. Möglich wäre hier, einen Arbeitskreis, etwa auf Klubobleute-Ebene, einzurichten oder einen der Ausschüsse mit der Klärung folgender Fragen zu betrauen:

- Klärung der Kriterien, die für die Entscheidungen für die jeweiligen Ehrungen herangezogen werden,
- Diskussion und ggf. Überarbeitung der im Statut vorgeschlagenen Alters-Untergrenze von 60 Jahren ,
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Berücksichtigung einer ausgewogenen Auswahl der zu Ehrenden bezüglich Wirkungsbereich und beruflichem oder sonstigem (z.B. ehrenamtlichem) Tätigkeitsfeld, Geschlechterausgewogenheit und anderer Kriterien, die eine möglichst repräsentative Breite der zu würdigenden Personen fördern,
- Prozedere bei der Einholung der Lebensläufe. Dieses ist ggf. insofern zu verbessern, um zu gewährleisten, dass nicht durch Vorinformation der EhrungskandidatInnen schon Präjudizierungen vorgenommen werden, die die diesbezügliche Entscheidung des Gemeinderats de facto vorwegnehmen,
- Klärung der Frage nach der Einbeziehung von Beiräten und speziellen Beauftragten (gem. Gemeinderatsbeschluss von April 2012),
- Klärung der Frage, ob und in welcher Form dazu ggf. auch das Statut der Stadt Graz angepasst werden muss.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Besetzung der Feuerwehr Kroisbach

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Derzeit wird die Feuerwache Kroisbach von der Freiwilligen Feuerwehr besetzt. Da die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehr in Graz ungewiss ist, gilt es, auch für den Fall ihrer etwaigen Auflösung Vorsorge zu treffen. Das müsste in Kroisbach darauf hinauslaufen, dass diese Wache in Zukunft wieder – wie davor schon seit Jahrzehnten – von der Berufsfeuerwehr besetzt wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge garantieren, dass bei einer etwaigen Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr die Feuerwache Kroisbach wieder durch Angehörige der Berufsfeuerwehr besetzt wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Renovierung des Internationalen Mahnmals am Zentralfriedhof

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auch in diesem Jahr wurde am 1. November die Veranstaltung zum Gedenken an die unzähligen Opfer des NS-Regimes am Grazer Zentralfriedhof in würdigem Rahmen abgehalten.

Nicht nur viele Grazerinnen und Grazer, auch Gäste und Amtsträger aus dem benachbarten Ausland, konnten begrüßt werden. Leider ist die Gedenkschrift auf dem Mahnmal nicht mehr leserlich und bedarf einer Renovierung.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge die betreffenden Stellen beauftragen, notwendige Renovierungsschritte bezüglich des Internationalen Mahnmals am Zentralfriedhof einzuleiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Verlängerung der Buslinie 58 bis zur Park-and-Ride-Anlage Fölling

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bezirk Mariatrost ist ein stark wachsender Stadtteil, die Verkehrssituation wird dort allerdings immer schwieriger. Weder die Straßenbahnlinie 1 und schon gar nicht

die ohne Halt bei den Stationen durchfahrende Buslinie 211 vermögen den Passagierwünschen zu entsprechen.

Die Verlängerung der Buslinie 58 bis zur Park-and-Ride-Anlage in Fölling würde die Situation enorm verbessern.

Deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat ersucht die zuständigen Stellen darum, bei den Graz Linien für eine Verlängerung der Buslinie 58 bis zur Park-and-Ride-Anlage in Fölling einzutreten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Wildes Park in den Straßenzügen Am Lindenhof und Am Dominikanergrund

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits als unzumutbar für Anrainerinnen und Anrainer erweist sich das unkontrollierte, wilde Parken in den Straßenzügen Am Lindenhof und Am Dominikanergrund. Da dadurch meist die vorgeschriebene Zweispurigkeit des Verkehrswegs verlorengelht, kommt es durch Ausweichmanöver immer öfter zu brenzligen Situationen und auch zu Blechschäden (große Kurve vor dem Lindenhof).

Einsatzfahrzeuge (z. B. Feuerwehrautos) sind nun nicht mehr überall in der Lage, im Ernstfall rasch vor Ort zu sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständigen Stellen des Magistrats sowie die Verkehrsreferentin werden ersucht, im Interesse der Verkehrssicherheit für eine deutliche Ausweisung von Parkverbotszonen sowie entsprechende Kontrollen in den Straßenzügen Am Lindenhof und Am Dominikanergrund zu sorgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Holding Linie – Tangentiallinie 62; Einsatz auch ganztägig an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Holding Linie – Tangentiallinie 62 - gehört zur Kategorie von äußerst stark frequentierten Buslinien der Graz Holding im Grazer Stadtgebiet, verbindet sie doch den Grazer Westen vom südlich gelegenen Bahnhof Puntigam bis hin zur nördlich gelegenen Carnerigasse. Die Linie gilt als besonders stark frequentierte Schullinie und wird auch von Berufstätigen und EinkäuferInnen aufgrund ihrer optimalen Nord–

Süd-Anbindung sehr stark in Anspruch genommen. Allerdings wird die Tangentiallinie 62 leider nur sehr eingeschränkt eingesetzt, stellt sie doch ihren Betrieb an Samstagen bereits kurz nach 14 Uhr ein. Und das, obwohl die Öffnungszeiten zahlreicher Geschäfte an Samstagen erst um 18 Uhr enden. Auch an Sonn- und Feiertagen fährt die Linie 62 nicht, was zur Folge hat, dass im Besonderen der Grazer Süden entlang der Gradnerstraße mit den Öffis nur sehr schwer oder gar nicht erreichbar ist. Der Bedarf für einen geeigneten Öffi-Anschluss ist jedoch sehr wohl gegeben, sind doch allein entlang der Gradnerstraße zahlreiche Großsiedlungen entstanden und noch weitere geplant – unter ihnen auch ein Wohnprojekt der Caritas für betreutes Wohnen.

Mit Inbetriebnahme der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof werden nun die Weichen bei den Holding Graz Linien neu gestellt. Die Buslinien 64 und 65 werden geteilt, um den Linienkreis im Osten zu schließen. Im Zuge dieser Maßnahme sollten die Holding Graz Linien die Gelegenheit gleich nützen, um eine optimale Öffi-Erschließung auch im Bereich des Grazer Südens zu ermöglichen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und die Frau Vizebürgermeisterin werden ersucht, an die Graz Holding Linie heranzutreten, um, wie im Motivenbericht erläutert, den Einsatz der Tangentiallinie 62 ganztägig auch an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen einzufordern, um eine optimale Öffi-Anbindung für die BürgerInnen auch im Grazer Süden zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Kampf dem Feinstaub – „Frischluf-Ticket“ für alle Grazer BürgerInnen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Dass die Landeshauptstadt Graz zu den österreichischen Rekordhaltern in puncto Feinstaubproblematik zählt, ist ja mittlerweile schon allseits bekannt. Um das Feinstaubproblem einigermaßen mit dafür geeigneten Aktionen in den Griff zu bekommen, müsste unter anderem vor allem in der Winterzeit der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiver gestaltet werden.

600.000 Euro stellten das Land Steiermark und die Grazer Stadtregierung im Jahr 2010 bereit, um in Graz neue Öffi-Nutzer in der Feinstaubzeit zu gewinnen. Aufgrund der Förderung kostete das sechs Monate gültige "Frischluf-Ticket" nur 99 Euro, der Andrang dafür war riesengroß. Dank dieser sehr guten Aktion wurde auch ein Beitrag zur Feinstaubreduzierung geleistet, ca. 5000 Frischlufttickets wurden im Winter 2010/2011 binnen weniger Stunden abgesetzt. Die Nachfrage überstieg das Angebot bei weitem.

Im heurigen Winter wurde nun die Aktion „Frischluf-Ticket“ wieder ins Leben gerufen, allerdings mit eklatanten Einschränkungen. Erstens wurden nur 3500 Tickets aufgelegt, und zweitens sind diese nur nach Empfehlung durch eine Person erhältlich, die bereits im Besitz einer Jahreskarte ist, was dazu führte, dass bis Anfang November nur knapp 2000 Tickets verkauft wurden und noch ca. 1500 Tickets auf ihre KäuferInnen warten. Nachdem nun zahlreiche Anregungen und Beschwerden an mich herangetragen wurden, darunter vor allem von sozial schwächeren BürgerInnen, welche persönlich keine JahreskartenbesitzerInnen kennen, die Wiedereinführung des „Frischluf-Tickets“ in uneingeschränkter Form zu beantragen, um einen Anreiz auf den Umstieg vom PKW auf die Öffis zu ermöglichen, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und die Frau Vizebürgermeisterin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe rasch an die Grazer Stadtregierung sowie an die Holding Graz heranzutreten, um eine sofortige Aufstockung der finanziellen Mittel für die Frischluftticketaktion zu erwirken und den Zugang zu dieser Aktion uneingeschränkt für alle Grazer BürgerInnen zu ermöglichen. Die Tickets müssten noch im November zu erwerben sein, nur so würde die Aktion im Kampf gegen den Feinstaub auch Sinn machen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Kreuzung Kärntner Straße – Hafnerstraße – Ausbau der Kreuzung mit Errichtung einer Verkehrsampel

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Frühjahr 2011 wurde an der Kreuzung Kärntner Straße zur Hafnerstraße in Straßgang, in einem Neubau mit mehreren kleinen Geschäften, das Postamt Graz-Straßgang neu eröffnet. Entlang der Hafnerstraße entstanden in diesem Zeitraum auch zahlreiche neue Wohnungen und Einfamilienhäuser, was dazu geführt hat, dass dadurch ein stark vermehrtes Verkehrsaufkommen mit Staus im erwähnten Kreuzungsbereich stattfindet. Ein Abbiegen von der Hafnerstraße in die Kärntner Straße in Richtung Süden ist besonders zu den Stoßzeiten fast unmöglich, auch in alle

anderen Richtungen ist die Fahrt nur erschwert möglich, was zu endlosen Staus in alle Richtungen führt. Ein Zu- und Abfahren vom und zum dortigen Postamt, aber auch für alle anderen AnrainerInnen der Hafnerstraße, ist nur unter äußerst schweren Bedingungen möglich.

Um nun die im Bereich der Kreuzung täglich stattfindenden gefährlichen Situationen für alle VerkehrsteilnehmerInnen zu entschärfen, fordern nun die betroffenen Bürger und AnrainerInnen einen leistungsstarken Ausbau der Kreuzung mit Errichtung einer Ampelregelung, wobei jedoch vor allem der öffentliche Verkehr bevorzugt werden sollte.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und die Frau Vizebürgermeisterin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen und zu evaluieren, ob die Kreuzung Hafnerstraße – Kärntner Straße leistungsstark ausgebaut und mittels Verkehrsampel geregelt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Geschwindigkeitsbeschränkung Göstinger Straße

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Anrainer der Göstingerstraße kämpfen nunmehr seit 25 Jahren für eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h zwischen UKH und Barmherzigen Brüdern (Spitalszone).

Niedergefahrene Wild- und Haustiere (Eichhörnchen, Katzen usw.) müssen häufig entsorgt werden, da Autofahrer und Straßenbahnfahrer viel zu schnell in diesem Bereich unterwegs sind. Öfters ereigneten sich Unfälle wegen zu hoher Geschwindigkeit weit über 50 km/h bis zu 100 km/h, auch Straßenbahnen mit 70 km/h sind keine Seltenheit.

In Kürze wird eine Wohnsiedlung in der Göstinger Straße 17 eröffnet. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann der erste Mieter bei der Hausausfahrt mit einem Kfz oder der Straßenbahn kollidiert.

Bei Regenwetter ist für Fußgänger am Gehsteig die Benutzung eines Schirms nicht möglich, da der Sog der schnell fahrenden Autos den Regenschutz zerstören würde. Vermutlich liegt die erhöhte Geschwindigkeit der Fahrzeuge darin, dass die Lenker nach der langgezogenen, mit 30 km/h befahrbaren Baiernstraße auf eine viel breitere gerade Straße kommen und daher die verlorene Zeit aufholen wollen. Anrainer fordern bereits seit 25 Jahren eine Lösung. Ein entsprechender Antrag wird heute (08.11.2012) zum wiederholten Mal bei der Eggenberger Bezirksversammlung eingebracht.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, die Verkehrssicherheit in der Göstinger Straße (zwischen UKH und Krankenhaus der Barmherzigen Brüder), besonders die Verordnung einer 30-km/h-Zone inklusive Aufstellung entsprechender

Verkehrstafeln zu prüfen und gegebenenfalls eine sofortige Durchführung zu veranlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

12) Aufhebung des Beschlusses zur automatischen jährlichen Anhebung von Gebühren

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Wien nennt man es Valorisierungsgesetz, hier in Graz spricht man von automatischer Gebührenanpassung. Hinter diesen sperrigen Formulierungen verbergen sich die automatischen, also jeweils der Inflation angepassten Erhöhungen von etlichen städtischen Gebühren. Bundesweit hat man es noch nicht geschafft, die Familienbeihilfe entsprechend der Inflation anzuheben, die Sozial-Card dieser Stadt wird weder an Menschen mit Behinderung noch an Studenten vergeben, aber das Schröpfen eben jener Menschen bringt der Stadt automatisch Jahr für Jahr mehr Geld ein. Dies argumentiert man damit, dass größere Tarifsprünge in den nächsten Jahren vermieden werden. Anscheinend ist es schon zur Gewohnheit geworden, Gebühren regelmäßig zu erhöhen und denkt gar nicht daran, sie wenigstens eine Zeit lang auf einem erträglichen Level zu halten. Diese Tatsache offenbart den Zynismus, mit dem sich die Verantwortlichen über das Geld der Grazerinnen und Grazer hermachen. Es gilt, Prioritäten zu setzen und diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Eine automatische, jährliche Anhebung verschiedener Gebühren, die dem Gemeinderat nicht mehr vorgelegt werden muss, entbindet den Gemeinderat von seiner Pflicht, den Bürgern,

die die Mandatare gewählt haben, Rechenschaft abzulegen und ist demnach in allerhöchstem Maße undemokratisch und abzulehnen.

Daher stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz hebt in den entsprechenden Beschlüssen (Kanalabgabenordnung, Abfuhrordnung, Marktgebührenordnung etc.) die Wertanpassungsregelung auf und verhindert somit eine jährliche, automatische Gebührenerhöhung ohne ausdrücklichen Beschluss des Gemeinderates.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Petition an den Bundesgesetzgeber

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Bundesebene wird in diesen Tagen heftig diskutiert, die Gehälter von Politikern anzuheben. 1,8 Prozent, auf Gemeinde-Ebene gar 2,8 Prozent, soll diese Erhöhung parallel zu jener für Pensionisten ausmachen. Nun ist es aber mehr als fraglich, ob es in Zeiten, in denen an allen Ecken und Enden gespart wird, ethisch vertretbar ist, sich selbst das Gehalt aufzustocken. So ist es schwer vorstellbar, dass eine Familie, deren

Familienbeihilfe oder ältere Menschen, deren Pflegegeld seit Jahren nicht wertangepasst wurde, Verständnis für eine derartige Diskussion haben. Wir bewegen uns hier in einem ähnlichen Bereich wie jene Banker, die sich trotz einer Weltwirtschaftskrise noch Boni auszahlen ließen. Es geht in diesem Antrag nicht darum, unsere Arbeit als Politiker der Geringschätzung preiszugeben, sondern ein vernünftiges Augenmaß für die Sorgen der Bevölkerung und den richtigen Zeitpunkt zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass eine Reform zu Ungunsten der Menschen, die andere jagt, sich die Verwalter des Volksvermögens aber ihre Gehälter an eine Inflation anpassen lassen, die hart arbeitende Bürger zum eisernen Sparen zwingt. Der Gemeinderat unserer Stadt könnte in dieser Diskussion ein möglicherweise wegweisendes und richtiges Zeichen setzen, das auch in Wien wahrgenommen wird. Es ist dies keinesfalls als populistisches Geplänkel, sondern vielmehr als Appell an das ethische Bewusstsein und das politische Sensorium der Mitglieder des Gemeinderates zu verstehen.

Daher stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf dem Wege einer Petition dazu auf, von der Anpassung der Politikergehälter an die Inflation abzusehen und einer weiteren Nulllohnrunde zu beschließen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.05 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb